

SVP der Stadt Zürich
Postfach 6612
8050 Zürich

Tel. 044 310 81 19
Fax 044 310 36 62
Mail: sekretariat@svp-stadt-zuerich.ch



Die Partei des Mittelstands

Medienkonferenz von Dienstag, 29. Dezember 2009

Warum Zürich die SVP-Politik braucht

Gemeinderat Roger Liebi, Präsident SVP der Stadt Zürich

Die Ausgangslage

Anlässlich der Jahrespressekonferenz im letzten Jahr setzte ich meine Ausführungen unter den Titel „Wertewandel in der Stadt Zürich ist die Chance für die Zukunft“ und forderte dabei mehr Demut v.a. seitens staatlicher Behörden, aber teils auch von Privaten.

Finanziell hat sich in der Stadt Zürich nichts geändert, im Gegenteil. **Die vereinigte Linke - zusammengesetzt aus SP, Grünen, AL, SD und CVP - brachte es seit ihrer quasi Machtübernahme bei den Wahlen 2006 fertig, den städtischen Haushalt richtiggehend ausufern zu lassen. Ausgaben und Schulden nehmen seit 2006 massiv zu**, wobei ohne Aufwertungen und Auflösung von Reserven sogar noch schlechtere Ergebnisse zu Buche stehen würden. Es scheint, als sei die – wie wir heute wissen - künstliche Hochkonjunktur an Zürich völlig vorbeigegangen. (Die SVP hatte seit 2006 vor einem massiven Einbruch gewarnt). Der Staatsapparat wird stetig ausgebaut. **Was in anderen Staaten und Städten zum Scheitern führte, wird in der wichtigsten Wirtschaftsmetropole der Schweiz in verantwortungsloser Manier weiterzelebriert – der sozialistische Weg der Umverteilung.**

Immer deutlicher werden also die Sünden der Politik von Linken und Naiven bemerkbar:

- **Nicht existierende Gewerbepolitik** (Zitat Vollenwyder: „das Gewerbe bringt uns ja keine Steuereinnahmen“), die das Stadtzürcher Gewerbe wegen der hohen Regulierungsdichte, zunehmenden Gebühren, Parkplatzabbau, Staus, etc. immer stärker behindert.
- **Finanzielle Misswirtschaft** (siehe untenstehende Tabelle und einführende Ausführungen)

	2006	2007	2008	2009B	2010B
Personalaufwand in Mio.	2104	2168	2314	2493	2484
Steuerertrag in Mio.	2146	2367	2121	2292	2247
Teuerung	100.2	100.9	104	105	105
Gebühren/Entgelte in Mio.	2244	2248	2418	2373	2429
Stellenwerte *10	1832	1862	1878.00	1945.9	1966.7
Sachaufwand in Mio.	1436	1443	1581	1721	1774
Nettoschuld in Mio.	1777	1414	1695	1875	2079
Nettozinslast in Mio.	71	41	41	74	77

Personal- und Sachaufwand stiegen seit der Machtübernahme von Linken und Naiven im Gemeinderat im Jahre 2006 bis und mit Budget 2010 um 718 Millionen Franken oder sage und schreibe 20.28% - bei einer Teuerung von gerade einmal 4.8%.

- **Rote Vetternwirtschaft**, d.h. Begünstigung sozialdemokratischer Parteimitglieder in Verwaltung und Behörden zu Lasten andersdenkender oder unpolitischer Stellensuchender.

- **Ungebremster Ausländerzuwachs mit allen Nebenwirkungen:**

▽ **Die Identität der Stadt Zürich:** 31% aller Einwohner sind Ausländer, zusätzlich wurden während der letzten 8 Jahre pro Jahr 3000 Menschen oder zusammen 8%, vornehmlich aus dem Balkan, in der Stadt eingebürgert, häufig ohne wirkliche Sprachkenntnisse und ohne sich auch wirklich in der Schweiz integrieren zu wollen, wie man das auch auf den Migrationsämtern spürt, deren Mitarbeiter teilweise richtiggehend eingeschüchtert werden („Gib mir einen Pass du Sau“). Rechnen wir noch die illegal Anwesenden und jene in den Asylzentren hinzu, zählt **die Stadt Zürich bereits mehr als 40% Ausländer. Kein Wunder gehen die schweizerischen und zürcherischen Tugenden, die über Jahrhunderte den Erfolg der Stadt ausmachten, allmählich verloren:** Eigenverantwortung, starkes Gewerbe, Sicherheit, Bescheidenheit. Kein Wunder fühlen sich Schweizer am Arbeitsplatz, v.a. wenn sie bei schweizerischen Arbeitgebern arbeiten immer mehr verloren.

▽ **Die Sicherheit der Arbeitsplätze der Schweizer, der Zürcherinnen und Zürcher, die mit der verfehlten Politik der letzten Jahre fahrlässig aufs Spiel gesetzt wird.**

▽ **Die Mietzinsen:** Seit dem Jahre 2000 sind die **Mieten zum grössten Teil aufgrund der über 400000 eingewanderten Personen inkl. Teuerung um 30% gestiegen** (Quelle Wüest und Partner, BA für Statistik) teuerungsbereinigt sind es immer noch 10%. Das hatte und hat gerade auf das von der Zuwanderung besonders betroffene Zürich dramatische Auswirkungen.

Die jüngste Studie der unverdächtigen Nationalbank kommt gleichsam zum Schluss, dass die Immigration sicher für 50% bei der Zunahme der Mietzinskosten und sogar für 66% bei der Zunahme der Einfamilienhauspreise verantwortlich ist.

Die Forderungen nach mehr gemeinnützigem Wohnbau sind dabei völlig verantwortungslos, wenn nicht gleichzeitig das Zuwanderungsproblem an der Wurzel und mit Einflussnahme der Politik an vorderster Front bekämpft wird. Ansonsten führen die Massnahmen zu Wertvernichtung und noch stärkerer Zuwanderung – und die Spirale dreht sich!

▽ **Die Kriminalität:** Im Jahre 2008 waren in der gesamten Schweiz **69.7% aller Gefängnisinsassen Ausländer, 50% aller Straftaten wurden von Ausländern verübt.** (Quelle: www.vimentis.ch). Für die Stadt Zürich gelten analoge Zahlen.

▽ **Die Sozialkosten und -werke: Mittlerweile verlangt die Stadt Zürich vom Bund offiziell frech Zuschüsse zur Finanzierung der Sozialkosten (!)**, wohl wissend, dass sie anders als die meisten anderen Städte und Gemeinden freiwillig über die SKOS-Richtlinien hinaus geht und obwohl sie auch für Asylbewerber mehr als das Minimum bezahlt. 76% aller Sozialmissbräuche in der Stadt werden von Ausländern verübt.

v **Die Volksschule: Gewalt von Schülern auf Pausenplätzen und darüber hinaus wird zum immer grösseren Problem.** Lehrer für Oberstufenklassen zu gewinnen wird immer schwieriger. Schweizer und Zürcher Geschichte und Geografie finden nicht mehr statt. Schweizer Werte werden kaum mehr vermittelt. Das Singen christlicher Weihnachtslieder sollte wegen der religiösen Minderheiten abgeschafft werden. Nun, natürlich setzt die linke Regierungsrätin Aepli die Rahmenbedingungen, aber: **Wer in Gottes Namen ist der für die grösste Stadt Zürich zuständige Schulvorsteher und v.a. worauf nimmt er überhaupt Einfluss?**

- Brot und Spiele Politik zur Kaschierung der wahren Probleme
- **Eine linke Stadtpräsidentin**, deren erste Tat in der Wirtschafts- und Gewerbekrise in der Stadt Zürich es war, sich für Wochen in den Urlaub zu verabschieden, deren zweite Tat in dieser Krise es war, an einer 1. August Rede für einen EU-Beitritt zu werben, deren dritte Tat es war, sich in Kopenhagen zu einer Weltpolitikerin aufzuspielen und **die sich konsequent aus allen Belangen der zürcherischen Wirtschaft, des Finanzplatzes und deren Problemen heraushält und dabei nicht nur die Unternehmer, sondern ganz besonders die Arbeitnehmer, Arbeiter, Handwerker und auch Angestellten mutwillig links liegen lässt.**

Positionen der SVP

Die SVP der Stadt Zürich nimmt mit besonderem Unverständnis zur Kenntnis, dass man weder während der gesamten Legislatur noch im Vorwahlkampf weder von den drei Stadträten der FDP noch von jenem der CVP, auch nur ein kritisches Wort, sei es offiziell oder inoffiziell, zum Umbau der Stadt Zürich zu einer Art „Berliner Modell“ gehört hat.

Die vergangene Budgetdebatte hat zudem aufgezeigt, dass es den Linken und Grünen grundsätzlich und quasi auf der ganzen Linie der CVP und teilweise auch der FDP nicht ernst ist mit den Themen „Gesunde Finanzen, schlanker Staat, gewerbefreundliche Wirtschaftspolitik, Eigenverantwortung, gesunde Sozialwerke und dem Einstehen für die Schweiz“.

Aus allen diesen Gründen und noch viel mehr wird mehr denn je klar: **Wer ein auch auf längere Frist prosperierendes Zürich will, der braucht und wählt mehr denn je die SVP.**

Wir sagen auch mit Sicht auf die Fehlentwicklung in der Ausländerpolitik: **wer zur Stadt Zürich mit ihren erfolgreichen Traditionen, mit ihrem stillen aber erfolgreichen Schaffen, mit ihrem Vereinswesen, mit ihrer gewerblichen Struktur, mit ihrem Finanzplatz steht, der braucht heute leider auch Mut - Mut zur Schweiz – und er braucht deshalb die SVP**, weil nur sie seit Jahren dafür konsequent und gegen alle Widerstände einsteht. Es dürfte mittlerweile auch dem intellektuellsten Intellektuellen klar sein, **dass nur die SVP die Folgen der Personenfreizügigkeit frühzeitig vor der Abstimmung und der Einführung richtig analysierte und voraussagte.**

Das Parteiprogramm 2010 – 2014 der SVP Stadt Zürich, das im Verlaufe des Januars in alle Stadtzürcher Haushalte verschickt wird, steht unter dem Motto „Bürgerliche Politik“ und ist somit auch Basis für den Wahlkampf, in dem wir auch mit einem starken Ausrufezeichen „Mut zur Schweiz“ beweisen und fordern!

Die SVP der Stadt Zürich setzt sich deshalb auch im Wahlkampf 2010 als einzige Partei konsequent

- für die wirtschaftliche Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer und des Zürcher Gewerbes und damit ihre Arbeitsplätze ein;**
- für maximale Sicherheit für Leib, Leben und Eigentum ein;**
- für langfristige finanzierbare Sozialwerke, die insbesondere den in Not geratenen und Schweizern offen stehen müssen, ein;**
- für eine unserem wirtschaftlichen, sozialen und natürlichen Lebensraum angepasste Ausländerpolitik ein**

und bekämpft damit gleichzeitig die mittelfristig unsere Wirtschaft und damit unsere Kinder belastende ideologische, schönfärberische und gleichsam nicht finanzierbare Politik des Wünschbaren der vereinigten Linken, namentlich aus SP und Grünen.

Einige wichtige Kernforderungen aus unserem Parteiprogramm erhalten Sie wie dieses selbst in der Beilage.

Empfehlungen für die Stadtratswahlen

Die Summe aus Budgetdebatte, das Verhalten ihrer Stadträte und die schriftliche Absage an die SVP seitens FDP und CVP für einen programmatisch gegen die links-grüne Politik als Ganzes (und nicht etwa die links-grünen Machtansprüche wie es die FDP mit Sicht auf ihre eigene völlig grenzenlose Ansprüche bei der Regierungsbeteiligung umformulierte) ausgerichteten Wahlkampf 2010 sind für die SVP wegweisend für die Unterstützung bei den Stadtratswahlen.

Wir empfehlen den Wählern der Stadt Zürich, die nach vielen Jahren endlich wieder verlässlich das Gewerbe und wirkliche bürgerliche Werte im Stadtrat vertreten sehen wollen, **mit Nachdruck die Kandidaten Mauro Tuena und Dr. Karl Zweifel auf ihrem Stadtrats-Wahlzettel aufzuschreiben**. Gleichzeitig stellen wir es ihnen frei, ob und mit welchen anderen der Partei nach bürgerlichen Kandidaten die restlichen Linien ergänzt werden. Ich erwähne an dieser Stelle immerhin explizit, dass die SVP der Stadt Zürich die städtische CVP nicht zu den bürgerlichen Parteien zählt.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Roger Liebi, Telefon 079 787 45 77